

Warum haben wir noch die alten Germaniamarken?

Von Postdirektor Karl Stahlbusch, Berlin.*)

In dem vorigen Aufsatz „Warum haben wir noch keine neuen Marken?“ sind die Gründe auseinandergesetzt worden, die bisher verhindert haben, daß die neuen Briefmarken nach den Entwürfen des letzten Wettbewerbs vom Februar 1920 schon jetzt vorliegen. Gegenüber der aus Laienfremden begreiflichen Frage, weshalb wir heute, zwei Jahre nach der Änderung unserer Staatsform, noch immer die Germaniamarke mit den Attributen der Kaiserzeit — Krone und schimmernder Wehr — im Bilde dieses Staatshoheitszeichens haben, sollen die nachfolgenden Zeilen den Nachweis führen, daß es dabei mit ganz natürlichen Dingen zugegangen ist, und daß die von verschiedenen und leider nicht immer einflusslosen Stellen ausgesprochenen Verdächtigungen, die Germaniamarke würde aus bürokratischer oder gar reaktionärer Gesinnung der Reichspostverwaltung künstlich am Leben erhalten, jeglichen Grundes entbehren.

Der Vorschlag, die Germaniamarke durch neue Markenbilder zu ersetzen, wurde bereits im Januar 1918 von dem damaligen Staatssekretär des Reichspostamts, Herrn Rüdlin, gelegentlich einer Besprechung mit dem Präsidenten des Württembergischen Staatsministeriums, Freiherrn von Weizsäcker, gemacht. Nach dem zwischen der Reichspostverwaltung und der damaligen Königlich Württembergischen Postverwaltung bestehenden Übereinkommen bedurften sämtliche wesentlichen Änderungen des jeweiligen Markenbildes des Einverständnisses beider Verwaltungen. Bei den an die oben erwähnte Besprechung anschließenden schriftlichen Erörterungen bekam die ganze Frage noch ihre besondere Färbung durch den Vorschlag der Württembergischen Regierung, aus Anlaß des erhofften baldigen Friedensschlusses eine besondere Friedensmarke herauszugeben. Man nahm ja damals an maßgebender deutscher Stelle noch an, daß der Weltkrieg bald und glücklich für Deutschland beendet werden würde. Auch die Bayerische Postverwaltung trug sich mit ähnlichen Plänen (zu vergl. das Eingefandt „Bayerische Friedensbriefmarken“ in den Münchener Neuesten Nachrichten vom 10. April 1918, Nr. 180). Der Plan einer besonderen Friedensmarke wurde dann auf Vorschlag der Reichspostverwaltung fallen gelassen, weil diese Friedensmarken als sogenannte Gelegenheitswertzeichen nach den Bestimmungen des Weltpostvertrages nur im Inlande Gültigkeit gehabt hätten, und weil das Hauptgewicht auf die endgültige Ersetzung der Germaniamarke durch neue allgemeine Postwertzeichen gelegt wurde. In der zweiten Hälfte des Juni 1918 unterbreitete das Reichspostamt dem Kaiser den Plan zur Herausgabe neuer Marken und schlug als Weg zur Erlangung geeigneter Entwürfe einen unter den namhaftesten Künstlern Deutschlands auszuscheidenden engeren Wettbewerb vor. Als eine Etappe auf dem Wege zur Schaffung guter neuer Postmarken wäre, außer den Eingaben einer ganzen Reihe von Fachvertretungen usw., noch eine kleine Schrift „Ämliche Graphik“, zu erwähnen, die im Auftrage des Deutschen Werkbundes von Professor F. H. Schmale verfaßt und durch den Vorsitzenden der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes, Herrn Professor Dr. Ernst Jäch dem Staatssekretär des Reichspostamtes anfangs November 1918 überreicht wurde. Die Weiterführung der Vorarbeiten zu der Ausgabe neuer Marken im Sommer 1918 wurden durch die damaligen politischen und militärischen Ereignisse, die die Veröffentlichung eines Preisauschreibens nicht angebracht erscheinen ließen, verzögert. Dann kam die Revolution mit ihren Umwälzungen im Innern und Äußern, die Liquidation des Krieges usw., die eine Fülle neuer Arbeiten brachten und viele Umstellungen notwendig machten. Aber bereits im Januar 1919 wandte sich das Reichspostministerium an sämtliche deutschen Kunstakademien, an den Deutschen Werkbund und eine Reihe von Künstlervertretungen mit der Bitte um Namhaftmachung von Künstlern, die zur Teilnahme an einem engeren Wettbewerb zur Schaffung neuer deutscher Postmarken geeignet wären. Die Antworten

mit den Vorschlägen hierauf gingen zum Teil erst im März 1919 beim Reichspostministerium ein. Inzwischen war Ende Februar 1919 aus der Mitte der Nationalversammlung der Wunsch zur Schaffung einer besonderen Erinnerungsmarke an die Nationalversammlung geäußert und beim Reichspostministerium sogleich aufgegriffen worden. Das zu diesem Zweck erlassene Preisauschreiben ist vom 26. Februar 1919. Ende März desselben Jahres tagte das Preisgericht für diese Erinnerungsmarken, und bereits am 1. Juli 1919, also binnen drei Monaten nach der Festsetzung der Preise durch die Preisrichter, wurde mit der Ausgabe der Erinnerungsmarken in drei verschiedenen Markentypen und einer besonderen Postkarte begonnen. Zu beachten bleibt dabei, daß die Erinnerungsmarken nicht in den gewöhnlichen Größenabmessungen der Germaniamarken, sondern in einem abweichenden größeren Maßstabe hergestellt sind. Die Lieferung in dieser kurzen Zeit ist nur möglich gewesen durch eine im Verhältnis zum wirklichen Markenverbrauch des Reichs geringe Auflagehöhe der Erinnerungsmarken, ferner dadurch, daß die Bilder der Marken keine besondere Schwierigkeit für die Schaffung der Druckformen boten, und weil bei dieser in Kürze verschwindenden Gelegenheitsausgabe ein besonderer Wert auf den Schutz gegen Fälschung nicht gelegt zu werden brauchte. Dieses Ergebnis verdient schon hervorgehoben zu werden gegenüber den Hinweisen der Postkritiker auf die Schnelligkeit, mit der die neu entstandenen kleinen Staatengebilde auf dem Balkan usw. neue Marken herausgebracht haben.

Die Frage der Schaffung neuer allgemeiner Postwertzeichen wurde durch diese Arbeiten für die Erinnerungsmarken nicht aus dem Auge verloren. Das Preisauschreiben für die neuen Marken konnte indessen nicht herausgegeben werden, bevor nicht feststand, welche Bezeichnung und welches Hoheitszeichen das neue deutsche Staatengebilde erhalten würde. Die Notwendigkeit, den Überdruck der Bayerischen Postwertzeichen von „Volkstaat Bayern“ in „Freistaat Bayern“ umzuwandern, wird noch in guter Erinnerung sein. Überdrucke der Germaniamarke kamen für die Reichspostverwaltung wegen der nicht zu bewältigenden Mehrarbeit nicht in Betracht. Als die Festsetzung dieser für die neuen Markenbilder unumgänglich notwendigen Staatsbezeichnung usw. bis Ende Mai 1919 nicht erfolgt war, wandte sich das Reichspostministerium anfangs Juni 1919 unter ausführlicher Erörterung der Gründe in einem Schreiben an den damaligen Präsidenten des Reichsministeriums mit der Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß eine Entscheidung über diese Frage mit größter Beschleunigung herbeigeführt werde. Als bis Ende Juli 1919 die gewünschte Entscheidung noch nicht erfolgt war, erinnerte das Reichspostministerium in dringender Form an die Erfüllung seiner Bitte. Im August 1919 antwortete das Reichsministerium des Innern auf das Schreiben des Reichspostministeriums vom Juli, daß die Bezeichnung „Deutsches Reich“ nunmehr durch die Nationalversammlung beschlossen sei, und daß es — das Reichsministerium des Innern — vorschläge, den Adler als Reichshoheitszeichen beizubehalten. Eine endgültige Klärung dieser Frage erfolgte dann erst im Herbst 1919. Nach den Erfahrungen mit dem Wettbewerb für die Marken zur Erinnerung an die Nationalversammlung — die zur Ausführung gelangten Entwürfe hätten, wie erinnerlich sein wird, in der Öffentlichkeit keine besonders gute Beurteilung gefunden, auch waren Inhalt und Fassung des Preisauschreibens in mancher Hinsicht von Künstlern und Kunstvertretungen bemängelt worden — mußte das Reichspostministerium bei der Vorbereitung des neuen Preisauschreibens mit der größten Vorsicht zu Werke gehen. Es sollten deshalb für die Vorbereitung der beiden Preisauschreiben — Durchberatung des vom Reichspostministerium verfaßten Wortlauts, Höhe der Preise, Auswahl der zum beschränkten Wettbewerb aufzufordernden Künstler usw. — einige vorbereitende Sitzungen mit dem in der Nähe von Berlin nicht zu schwer erreichbaren Teil der in Aussicht genommenen Preisrichter stattfinden. Leider waren damals einige der Herren, auf deren Beteiligung ein

*) Vergl. den Aufsatz desselben Verfassers im Dezemberheft 1920.